

## Vorlage an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

---

**Titel:** Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 29. Oktober 2009

Datum: 27. Oktober 2009

Nummer: 2009-292

Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

---

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)

---



## Mündliche Anfragen

### für die Landratssitzung vom 29. Oktober 2009

Vom 27. Oktober 2009

#### 1. Thomas de Courten; Politische Propaganda an Baselbieter Schulen?

Zu den Leitideen und Richtzielen der Baselbieter Schulen gehört auch, dass Sekundarschulen und Gymnasien einen Beitrag zur Demokratie- und Mitbestimmungsfähigkeit der jungen Mitbürgerinnen und Mitbürger leisten. Die Schülerinnen und Schüler sollen lernen, Tatsachen und Meinungen zu unterscheiden, kontroverse Meinungen zu würdigen und einzuordnen, sich sachgerecht zu informieren und sich eine eigene Meinung bilden zu können. Es ist zu begrüssen, wenn im Unterricht dafür auch aktuelle politische Debatten aufgegriffen werden, allerdings nur dann, wenn tatsächlich eine Ausgewogenheit kontroverser Diskussionsstandpunkte sichergestellt wird. Anlass für nachstehende Fragen sind Klagen von Schülerinnen, Schülern und Eltern, dass Lehrpersonen im Unterricht ihre persönlichen politischen Standpunkte in den Vordergrund stellen, ihre Schüler einseitig informieren und damit in ihrem Meinungsbildungsprozess aktiv beeinflussen oder gar manipulieren. Der Vorwurf politischer Propaganda an Baselbieter Schulen steht im Raum.

#### Fragen:

1. Wie stellt der Regierungsrat die Ausgewogenheit der Tatsachen und Meinungen sicher, wenn aktuelle Abstimmungsvorlagen in den (Staatskunde-) Unterricht mit einbezogen werden?
2. Bestehen entsprechende Richtlinien für die Schulleitungen? Wenn ja, wie werden diese durchgesetzt?
3. Wie können sich Schülerinnen, Schüler und Eltern gegen politische Propaganda an Baselbieter Schulen zur Wehr setzen?

#### 2. Thomas de Couden; Amtsführung der BL-Stiftungsaufsicht

Die wenig KMU-freundliche Amtsführung der Baselbieter Stiftungsaufsicht wurde bereits in der Interpellation [2009/012](#) im Landrat thematisiert. Die genannte Interpellation wurde im Januar eingereicht, im März vom Regierungsrat [schriftlich beantwortet](#), bis heute jedoch nicht im Landrat behandelt. In der Zwischenzeit ist das Baselbieter Amt für Stiftungen und berufliche Vorsorge (Zivilrechtsabteilung 2 der Si-

cherheitsdirektion) in weiteren konkret genannten Fällen in die Schusslinie öffentlicher Kritik geraten.

#### Fragen:

1. Sind dem Regierungsrat die neuen Beanstandungen bezüglich der Amtsführung der Stiftungsaufsicht seitens verschiedener Baselbieter KMU und betroffener Persönlichkeiten bekannt?
2. Hat er bezüglich der Amtsführung des Baselbieter Amtes für Stiftungen und berufliche Vorsorge irgendwelche Massnahmen, z.B. bezüglich Auftragsvergabe an Dritte bzw. Controlling derselben ergriffen?
3. Würde die schriftliche Beantwortung der Interpellation 2009/012 heute noch genau gleich ausfallen wie im März 2009?

#### 3. Daniela Gaugler; Gefährliche Strassensituation Hauensteinstrasse im Bereich der Landgüter Neuhof

Im Juni 2006 habe ich das Postulat [2006-151](#) Temporeduktion und Fussgängerstreifen Neuhof eingereicht. Dieses wurde vom Landrat am 8. Juni 2006 mit einer verkürzten Bearbeitungsfrist [überwiesen](#). Von Seiten der Regierung, insbesondere der Sicherheitsdirektion wurde gleichzeitig die Bereitschaft zur Verbesserung der gefährlichen Strassen-Situation signalisiert. Passiert ist bis heute nichts. Der dringliche parlamentarische Auftrag wurde schubladisiert. Konkrete Massnahmen blieben aus. Am Samstagabend, 3. Oktober 2009, hat sich nun ein weiterer fataler Raserunfall direkt bei den Landgütern Neuhof ereignet.

#### Fragen:

1. Muss es erst Tote geben, bevor Massnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit in diesem Strassenabschnitt ergriffen werden?
2. Welche Massnahmen erachtet der Regierungsrat als zweckdienlich (konkrete Vorschläge: Tempobeschränkung auf maximal 60 km/h, mobile Tempokontrollen, Sicherung des Fussgänger-Übergangs vom und zum Neuhof 33 usw.)?
3. Wie will der Regierungsrat die Existenz des Bauernhofs Neuhof 33 gewährleisten (Sicherung der Ein- und Ausfahrten zu den Gebäuden)?

4. Bis wann wird der Regierungsrat welche Massnahmen umsetzen?

**4. Martin Rüegg; Schutz vor Passivrauchen ab 1. April 2010?**

Die Baselbieter Bevölkerung hat mit einem Zweidrittelmehr deutlich für den Schutz vor Passivrauchen gestimmt. Sie hat wenig Verständnis für weitere Verzögerungen, nachdem gut fünf Jahre vergangen sind, seit die parlamentarischen Vorstösse [Augstburger](#) und [Rüegg](#) überwiesen worden sind. Die Umsetzung auf den 1. April 2010 - zusammen mit Basel-Stadt - macht Sinn und ist möglich. Für das Verfassen der Verordnung muss das Rad nicht neu erfunden werden. In der Stadt sind trotz langer Umsetzungsfrist nur gerade drei, im Kanton Basel-Landschaft überhaupt keine Umbaugesuche von Gastrobetrieben eingegangen (bz vom 20.10.09).

**Fragen:**

1. Kann sich der Regierungsrat vorstellen, den gefassten Entscheid umzustossen und die Umsetzung zusammen mit Basel-Stadt auf den 1. April 2010 festzulegen?
2. Wenn nein: Was spricht dagegen?

**5. Paul Jordi; Der Aktivismus der Gesundheitsförderung Baselland**

Der Aktivismus der [Gesundheitsförderung](#) hat auch den Sommer überdauert. Unter dem modischen Projekttitel "Vitalina" werden seit anfangs August interkulturelle Vermittlerinnen und Vermittler eingesetzt, um fremdsprachige Eltern mit Kindern im Vorschulalter über Ernährung und Bewegung zu informieren. Die Kosten trägt der Steuerzahler.

**Fragen**

1. Welche Qualifikationskriterien erfüllen die "Vermittlerinnen" und "Vermittler"?
2. Nach welchen Kriterien werden diese wann, wo, wie lange und zu welchen Kosten eingesetzt, wie hoch ist der administrative Aufwand des Projektes?
3. Welches sind die konkreten, messbaren Ziele des Projektes und wie wird die Zielerreichung konkret gemessen?
4. Wie lange soll dieses Projekt dauern?

**6. Georges Thüring; Polizei-Optimierung führt zu Leistungsabbau im Laufental!**

Anlässlich der Beratung des Geschäftes [2008/177](#) "Optimierung der Hauptabteilung Sicherheit und Ordnung der Polizei Basel-Landschaft" am [15. Januar 2009](#) habe ich verschiedene Vorbehalte und Befürchtungen gegenüber dieser Reform geäussert, die sich zwischenzeitlich auch vollumfänglich bestätigt haben: Es fand im Oberbaselbiet und insbesondere im Lau-

fental ein massiver Posten- und damit einhergehend ein spürbarer polizeilicher Leistungs- und Präsenzabbau statt.

Aus Reaktionen seitens vieler Bürgerinnen und Bürger sowie verschiedener Gemeindevertreter des Laufentals spüre ich, dass aufgrund der deutlich reduzierten Polizeipräsenz in weiten Kreisen eine Verunsicherung besteht und das Sicherheitsgefühl spürbar schwindet.

Aus Laufentaler Sicht völlig unhaltbar ist der Umstand, dass im Zuge der Schliessung des Polizeipostens Grellingen nun die Gemeinden Grellingen und Duggingen neu der Zuständigkeit des Polizeipostens Aesch unterstellt worden sind.

**Fragen:**

1. Weshalb fallen die Gemeinden Grellingen und Duggingen nicht in die Zuständigkeit des Polizeihauptpostens (PH) Laufen?
2. Erachtet es der Regierungsrat als politisch klug und tatsächlich notwendig, dass der Bezirk Laufen polizeitaktisch auseinander dividiert wird?
3. Ist es hinsichtlich der Sicherheit und letztlich auch aus polizeitaktischen Gründen tatsächlich verantwortbar, dass der Bezirk Laufen lediglich noch über einen Polizeihauptposten (PH Laufen) verfügt, der notabene jeweils nur wochentags von 09 - 12 und 14.30 - 18 Uhr geöffnet ist, ansonsten aber über keine Polizeiposten (PP) oder Polizeiaussenstellen (PA) mehr? Genügen die Öffnungs- und Betriebszeiten des PH Laufen?
4. Wie lautet das Patrouillen-Dispositiv für das Laufental?  
- Wieviele Polizei-Patrouillen sind im Laufental täglich respektive wöchentlich durchschnittlich im Einsatz und wer ist für deren Einsatz verantwortlich?  
- Sind die Patrouillen-Besatzungen mit den örtlichen Gegebenheiten des Laufentals in jedem Fall vertraut?
5. Wie lange dauert es ab dem Zeitpunkt der Alarmierung, bis die Polizei vor Ort ist, wenn in Liesberg - ausserhalb der Öffnungs- und Einsatzzeiten des Polizeihauptpostens Laufen - ein schwerer Unfall oder ein Überfall/Einbruch auf die Poststelle respektive die Bankfiliale stattfindet?
6. Ist der Regierungsrat bereit, im Falle des Laufentals die polizeiliche Organisation noch einmal zu überdenken und gegebenenfalls anzupassen respektive im legitimen Sicherheitsbedürfnis und -Interesse der Bürgerinnen und Bürger zu optimieren?

**7. Urs von Bidder: Neu- oder Umbau Kantonsgerichtsgebäude in Liestal**

Am [8. September 2005](#) hat der Landrat (mit Beschluss zur Vorlage [2004/182](#)) mit 80:2 Stimmen die Bau- und Umweltschutzdirektion beauftragt, "in Zusammenarbeit mit dem Kantonsgericht bis spätestens 2007 dem Landrat eine Vorlage für ein Kantonsgerichtsgebäude in Liestal (Neu- oder Umbau) vorzulegen". Da diese Vorlage somit seit zwei Jahren überfällig ist, stellen sich folgende

**Fragen:**

1. Wann ist mit der genannten Vorlage verbindlich zu rechnen?
2. Wie lässt sich erklären, dass die Vorlage nicht, wie vom Parlament verlangt, 2007 vorlag?
3. Wie weit sind die Vorbereitungsarbeiten zwischen der Bau- und Umweltschutzdirektion und dem Kantonsgericht gediehen?
4. Falls die genannte Vorlage noch länger auf sich warten lässt: Wann ist mit einer Beantwortung des am [15. Januar 2004](#) überwiesenen Postulats [2003/134](#) der Justiz- und Polizeikommission zu rechnen, mit welchem die Regierung gebeten wird, "ein Gesamtkonzept für den räumlichen Bedarf der Justiz auszuarbeiten, welches Lösungen für die kurz- und langfristigen Bedürfnisse der Justiz aufzeigt" und "ein Projekt für ein Gerichtsgebäude zu prüfen und eventuell dem Landrat eine Projektierungsvorlage zu unterbreiten"?
5. Wie lautet die Stellungnahme des Kantonsgerichts zu diesen Fragen?

**Landeskanzlei Basel-Landschaft**